



Presseerklärung der Gemeinde Gerstungen zur Kalilaugenproblematik

05.11.2009

Scharfer Protest gegen die Empfehlungen des Runden Tisches

In der für den 10.11.09 geplanten Veröffentlichung der Empfehlung des Runden Tisches, schlägt dieser vor, die Entsorgung des Salzabwassers über eine Pipeline zur Nordsee zu realisieren.

Sollte sich jedoch herausstellen, dass diese Fernleitung nicht machbar ist, sieht die Empfehlung weiter vor, die Versenkung in den Plattendolomit über den Ablauf der aktuellen Versenkgenehmigung 2011 hinaus, fortzuführen.

Um hierfür eine weitere Genehmigung zu erlangen, hat K+S sich für eine alte Technologie wiederum einen neuen Namen einfallen lassen.

Wie unter den bisherigen Namen Laugenverpressung, Versenkung von Salzabwasser, Pufferspeicherung von flüssigen Produktionsrückständen, wird auch mit der als „Wundertechnologie“ propagierten Neuen Integrierten Salzabwassersteuerung – NIS, eine bewusst in Kauf genommene, weitere Schädigung von Grund- und Trinkwasservorkommen einer ganzen Region erfolgen.

Bei einer Versenkung im Rahmen der NIS kommt es wie bisher zu einem massiven Übertritt der Salzabwässer in den Buntsandstein.

Eine sichere Speicherung des Salzabwassers im Plattendolomit, wie vom Runden Tisch in seiner Empfehlung der NIS vorausgesetzt, existiert unstreitig nicht.

Die mit der NIS angepriesenen Vorzüge der angestrebten Volumenneutralität wird es aus naturwissenschaftlichen Gründen mit Sicherheit nicht geben.

Der Sinn dieser Empfehlung kann nur als vorsätzlicher Verzicht auf eine umweltgerechte Entsorgung von Salzabwasser entsprechend den derzeitigen technischen und rechtlichen Umweltstandards verstanden werden.

Das geschieht zu Lasten der Trinkwasserversorgung und der Sicherung der Reinheit des Grundwassers für die nächsten Generationen.

Mit diesen Empfehlungen des Runden Tisches, die deutlich die Handschrift des Kalikonzerns zeigen, wird klar, dass Mitglieder des Runden Tisches für die alleinigen Interessen von K+S missbraucht werden.

Die im Auftrag der Gemeinde Gerstungen durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen sowie Untersuchungen der Thüringischen und Hessischen Behörden haben eindeutig belegt, dass das Unternehmen Kali und Salz die Auswirkungen der Versenkung seiner Produktionsabfälle, egal unter welchem Namen, zu keiner Zeit beherrscht hat.

Die Gemeinde Gerstungen sieht in der Empfehlung der weiteren Versenkung unter dem Namen NIS eine vorsätzliche in Kauf genommene Vernichtung weiterer Grundwasservorkommen. Damit bleibt auch die Gefährdung der Trinkwassergewinnung in Gerstungen bestehen – dies ist ein klarer Verstoß gegen gesetzliche Anforderungen.

Durch hessische Behörden beauftragte Rechtsgutachten haben bereits belegt, dass bei einer Beeinträchtigung des Grundwasserstockwerks Buntsandstein durch Salzabwasser die weitere Versenkung nicht genehmigungsfähig ist.

Selbst durch K+S musste eingeräumt und öffentlich gemacht werden, dass nur ca. 40% der bisher versenkten Salzabwasser im Plattendolomit verblieben sind. Ca. 30% wurden unkontrolliert im Buntsandstein eingelagert und nehmen dort am Grundwasserkreislauf teil, der Rest gelangte ebenfalls unkontrolliert in die Werra - Tendenz steigend.

Aktuelle Auswertungen zeigen, dass mittlerweile bis zu 80% der versenkten Salzabwasser wieder unkontrolliert, als sogenannte diffuse Einträge, in die Werra gelangen, nachdem sie den zur Trinkwassergewinnung genutzten Grundwasserleiter Buntsandstein durchflossen und irreparabel geschädigt haben.

Daran erkennt man, dass eine weitere Versenkung nicht zur Entlastung der Werra führen wird.

Auf Druck der Öffentlichkeit musste K+S bereits erklären bis 2015 seinen Salzabwasseranfall auf ca. 7.000.000 cbm pro Jahr zu reduzieren. Dies reicht aber bei weitem nicht aus um den gesetzlichen Anforderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie einschließlich des Grundwasserschutzes gerecht zu werden.

Nach dem Willen von K+S soll dieses Abwasser weiterhin über die Werra und durch die Versenkung entsorgt werden.

Fazit: Aus ökologischer Sicht ist der Runde Tisch kläglich gescheitert. K+S jedoch wird die Empfehlungen wohl begrüßen. 2010 wird K+S feststellen – eine Pipeline ist nicht realisierbar, und die Behörden wieder einmal auffordern zum Zwecke der Erhaltung der Arbeitsplätze die Versenkung weiter zu genehmigen. Auch wenn sie dann NIS heißt.

Die Werra und das Grundwasser einer ganzen Region werden weiterhin den Profitinteressen eines Konzerns zu Lasten der Allgemeinheit geopfert.

Werner Hartung
Bürgermeister